

# SPD setzt auf Mieterwut

*Interview  
beendet 10.01.2013  
S. 4*



**Schlange stehen für eine Wohnung.** Hohe Mieten und knapper Wohnraum machen die Suche in Städten schwer. FOTO: IMAGO

Die letzten Wochen waren für die SPD verheerend. Die Sozialdemokraten brauchen dringend geeignete Themenfelder – jenseits von Fettäpfeln und Stolperfallen.

VON GEORG ISMAR

**Hannover** – Nach den Negativschlagzeilen über Kanzlerkandidat Peer Steinbrück will die SPD endlich wieder inhaltlich punkten. Mit Plänen für eine Mietpreiskontrolle und mehr Kindergeld für Geringverdienende geht sie in den Wahlkampf.

Die hohen Mieten seien eine drängende soziale Frage, sagte Steinbrück gestern zum Auftakt einer Fraktionsklausur in Hannover. „Die sozialen Brennpunkte in Städten nehmen zu.“ Die Partei will daher bei einem Wahlsieg durchsetzen, dass bei Neumietungen die Miete maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf.

Steinbrück selbst hatte das Mietkonzept erarbeitet; die jüngst vom Bundestag beschlossene Mietrechtsnovelle will die SPD über den Bun-

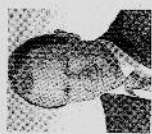
desrat stoppen. Neben der Deckelung bei Neumietungen wollen die Sozialdemokraten auch bei Bestandsmieten über vier Jahre nur noch eine maximale Erhöhung um 15 Prozent zulassen. Wenn bis zu 40 oder 50 Prozent des Einkommens für Wohnraum bauen wolle.

Die von der Bundesregierung gekürzte Städtebauförderung soll wieder mit 700 Millionen Euro ausgestattet werden, zudem soll es zusammen mit den Ländern einen Aktionsplan für mehr Wohnraum geben. Die teuren Maklergebühren sollen künftig

## Mietpreisdeckelung: Das sagen Experten



**Anja Franz,**  
Mieterverein  
München



**Rudolf Stürzer,**  
Haus und Grundbesitzer-  
verein München



**Annesegret Harz,**  
Rechtswältin  
München

kaufen. Bestraft würde mit der Begrenzung der Mieterhöhung vor allem der freundliche Vermieter, der die Miete über einen längeren Zeitraum nicht erhöht hat, er kommt in eine Abwärts Spirale. Letztendlich zwingt diese Regelung zu regelmäßigen Mieterhöhungen in kleinen Schritten.“

**des Haus- und Grundbesitzervereins München:** „Das wäre das endgültige Aus für den Mietwohnungsbau, da sich dann kein Investor mehr finden würde. Gebunden durch Deckelung und Mietspiegel könnte nicht mehr kostendeckend vermietet werden. Schon jetzt wird kaum noch zur Vermietung gebaut, sondern in erster Linie für den Eigenbedarf, zur Zwischenvermietung oder Steuersparnis mit Blick auf den letzten Jahren hin-

gegen abgeschafft.“ **Rechtswältin Annesegret Harz, München:** „Dies könnte unerwünschte Konsequenzen haben. Wenn man die Miete bei Neumietung nicht frei vereinbaren kann, wäre das eine staatliche Bevormundung, die konträrproduktiv ist. Damit lässt man die Rendite schrumpfen – was letztendlich dazu führen würde, dass viele sich überlegen, ob sie überhaupt noch eine Wohnung zur Vermietung

gegen abgeschafft.“ **Rechtswältin Annesegret Harz, München:** „Dies könnte unerwünschte Konsequenzen haben. Wenn man die Miete bei Neumietung nicht frei vereinbaren kann, wäre das eine staatliche Bevormundung, die konträrproduktiv ist. Damit lässt man die Rendite schrumpfen – was letztendlich dazu führen würde, dass viele sich überlegen, ob sie überhaupt noch eine Wohnung zur Vermietung

### Mehr Kindergeld

Das Kindergeld soll nach dem Konzept der SPD oienigen stärken, die trotz Arbeit ihren Kindern nicht genug Unterstützung gewährleisten können. Demnach ist vorgesehen, dass Eltern mit einem Brutto-Einkommen von bis zu 3000 Euro maximal 324 Euro bekommen, bei 2500 Euro Einkommen soll es bei zwei Kindern in Zukunft 38 Euro mehr pro Monat geben. Derzeit liegt das Kindergeld bei 184 Euro für die ersten beiden Kinder, 190 Euro für das dritte und 215 für jedes weitere Kind.

**Gutverdienner** müssen zwar nicht mit weniger Kindergeld rechnen. **Gestrichen werden sollen aber steuerliche Vergünstigungen.** So führe der Bereinigungsfreibetrag bei höheren Einkommen zu Entlastungen von bis zu 100 Euro über dem Kindergeld von 184 Euro für das erste und zweite Kind, lautet die SPD-Kritik am aktuellen Modell. Das Kindergeld soll nach den Überlegungen der Partei mit dem **Kinderzuschlag für Geringverdienner** von bis zu 140 Euro im Monat in einem **vereinfachten Antrags-Verfahren** zusammengeführt werden.

brauchen wir diese Änderung.“ **Rudolf Stürzer, Haus und Grund:** „Das ist reine Augenschwermerei. Es würde nur dazu führen, dass die Vermieter die Maklergebühr in die Miete einpreisen. Vor allem bei langfristigen Mietverhältnissen zahlt damit der Mieter drauf. Im Übrigen werden auf dem Mietmarkt zahlreiche Wohnungen auch von privat angeboten. Letztlich soll sich der Gesetzgeber nicht immer in die von mündigen Bürgern geschlossenen Verträge einmischen.“

**Rechtswältin Annesegret Harz:** „Das finde ich richtig. Warum soll jemand für eine Leistung zahlen, die er gar nicht bestellt hat. Dazu kommt, dass, wer im großen Rahmen vermietet, auch eher eine Honorarvereinbarung mit dem Makler aushandeln kann.“

Interviews: **Monika Reuter**